



Mittwoch, 22. April 2020

Frau Bürgermeisterin
Christa Schuppler
Gemeinde Wilnsdorf
Marktplatz 1
57234 Wilnsdorf

Antrag gem. § 3 Abs. 1 Geschäftsordnung des Rates

Resolution

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

die vielfältigen Auswirkungen unterschiedlichster Art durch die Corona-Pandemie und die damit verbundenen, von Bund und Ländern angeordneten Maßnahmen sind immens und haben eine Tragweite von historischem Ausmaß.

Wir sind als Ratsmitglieder verantwortlich für die Städte und Gemeinden, die ihre Haushaltepläne und -satzungen bisher unter erheblichen Zwängen und zumeist unter dem Aspekt der Haushaltssicherung aufgestellt haben. Wir haben in den vergangenen Jahren jeden Euro umgedreht, um genehmigungsfähige Haushalte unter Berücksichtigung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Erfordernisse vorzulegen.

Heute stehen wir vor der Situation, dass unsere gerade erst aufgestellten Haushaltspläne quasi ungültig sind. Schon jetzt ist zu erwarten, dass unter anderem die Gewerbesteuereinnahmen und die Anteile der Kommunen an Umsatz- und Einkommenssteuer erheblich sinken werden. Auch weitere Bereiche, die die Finanzlage der Kommunen belasten, werden betroffen sein, dies ist zum jetzigen Zeitpunkt in Gänze noch nicht absehbar. Der Haushaltsausgleich wird damit in den allermeisten Kommunen in weite Ferne rücken.

Fraktionsvorsitzende

SPD

Hannes Gieseler
Hofstattstr. 13
57234 Wilnsdorf
02737 / 216188
HannesGieseler@gmx.de

BfW

Andreas Klein
Am Obstgarten 16
57234 Wilnsdorf
02737 / 592088

WPU

Annemarie Bender
Am Marienhain 24
57234 Wilnsdorf
0271 / 390465

Wir appellieren an die Landesregierung: Tragen Sie so zügig wie möglich zu einer rechtssicheren Lösung bei, mit der die Kommunen in den nächsten Jahren nicht reihenweise in den Nothaushalt und damit in die Handlungsunfähigkeit rutschen. Die Maßstäbe der Vor-Krisenzeit können nach der Krise nicht mehr gültig sein. Wir benötigen als Kommunen mehr Handlungsfreiheit denn je, um gemeinsam mit unseren Bürgern die Folgen der Krise zu bewältigen. Handlungsfreiheit bedeutet dabei ausdrücklich nicht, dass wir die Grund- und Gewerbesteuer erhöhen. Die Probleme können nicht durch eine Mehrbelastung derjenigen gelöst werden, die gerade erst durch den staatlichen Rettungsschirm unterstützt wurden.

Wir appellieren an die Landesregierung, möglichst bald die Rahmenbedingungen für kommunale Haushaltswirtschaft, der sich abzeichnenden Rezession entsprechend, neu zu gestalten. Ebenso angemessen ist es, den Kommunen die Corona-bedingten Mehraufwendungen zu erstatten bzw. in den kommenden Jahren über höhere Schlüsselzuweisungen angemessen zu kompensieren.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, die Kommunen leisten ihren Beitrag zur Bekämpfung der Krise, ebenso wie es Land und Bund tun. Sie werden das auch weiter tun. Wir warnen aber ausdrücklich davor, dass unsere Städte und Gemeinden überfordert werden könnten, wenn sich die Bedingungen nicht erheblich ändern.

Die Fraktionsvorsitzenden der SPD, BfW, und der WPU im Wilnsdorfer Gemeinderat

Fraktionsvorsitzende

SPD

Hannes Gieseler
Hofstattstr. 13
57234 Wilnsdorf
02737 / 216188
HannesGieseler@gmx.de

BfW

Andreas Klein
Am Obstgarten 16
57234 Wilnsdorf
02737 / 592088

WPU

Annemarie Bender
Am Marienhain 24
57234 Wilnsdorf
0271 / 390465